

Verantwortl. Redakteur: A. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
 In Stettin monatlich 50 Pf., mit Postlohn 70 Pf.,
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Postlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmart 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: A. Hoffe, Haasenstein & Vogler, G. L. Damm, J. A. Schöner, Berlin, Bern, Frankfurt, Hamburg, Leipzig, Magdeburg, München, Nürnberg, Posen, Stettin, Trier, Weimar, Wiesbaden, Zürich. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinrich, Köpenhagen, Aug. J. Wolff & Co.

Deutschland.

Berlin, 6. Januar. Prinz Heinrich feiert nach der für seine Ausreise festgelegten Segelreise bereits heute (6.) mit der „Deutschland“ von Port Said aus die Reise durch den Suezkanal fort. Das nächste Reiseziel der Division ist Aden am südlichen Eingang zum Roten Meer, das am 12. d. M. erreicht wird; nach einwöchiger Aufenthalt dort geht Prinz Heinrich alsdann nach dem Indischen Ozean in See.

Ueber die Einrichtung der Verwaltung in Kiaoſchau wird dem „Damp. Kor.“ aus Berlin berichtet:

„Die Kiaoſchau-Bucht wurde am 13. November, die dazu gehörigen Forts am folgenden Tage von deutschen Marineeinheiten besetzt; am 3. Dezember rückten dann 200 Mann in die Stadt Kiaoſchau, etwa 30 Kilometer von der Bucht, ein. Die Kiste ist daher schon mehr als anderthalb Monate, die Stadt selbst einen vollen Monat in unseren Händen. Selbstverständlich haben dort schon verschiedene Maßregeln getroffen werden müssen, die eine geordnete Verwaltung abgeben. Wenn auch der Chef des Kreuzergeschwaders die höchste Gewalt dort in Händen behält, so konnte es nicht umgangen werden, eine Zivilverwaltung einzurichten. Man erzählt sich, daß der Generalkonsul Dr. Stübgen aus Shanghai mit der Einrichtung der Verwaltung betraut worden sei und sich gleichsam als Zivilkommissar, wie man diese Beamten während des Krieges in Frankreich nannte, schon seit einiger Zeit dort befände. Doch wird in Marineskreisen die Vermuthung ausgesprochen, daß Dr. Stübgen in nächster Zeit durch einen anderen Verwaltungsbeamten ersetzt werden würde.“

Auf dem Gebiete der Zuckerrindrie sind zur Zeit hochwichtige Fragen in der Schwebe, und es begreift sich, daß in den beteiligten Kreisen eine weitgehende Spannung, um nicht zu sagen Erregung, Platz gegriffen hat. Mit den Prämienländern sind Verhandlungen wegen einer allgemeinen Aufhebung der Zuckerrindrie eingeleitet und mit den Vereinigten Staaten haben Verhandlungen zur Vorbereitung eines Handelsvertrages begonnen; ferner soll englischerseits beabsichtigt werden, in Bezug auf die Einführung von Ausgleichsskollen dem Beispiel der Vereinigten Staaten zu folgen. Um über die Stellungnahme zu diesen Fragen zu berathen, wird der große „Berein der deutschen Zuckerrindrie“, der jetzt bekanntlich außer den Zuckerfabrikanten auch die Raffinerien umfaßt, am 13., 14. und 15. dieses Monats hier Auswahlsitzungen abhalten. Es ist zu bedauern, daß die Bestrebungen, welche auf die Begründung eines gemeinsamen Zuckergewerks anstrebenden Erfolg erzielt haben, noch keinen durchgreifenden Erfolg erzielt haben. Der mit der Fortführung der Verhandlungen beauftragte gemeinsame Ausschuss hat getagt; es ist ihm aber noch nicht gelungen, einen Ausgleich zwischen den Interessen der Raffinerien und denen der Zuckerfabrikanten zu Stande zu bringen. Ein solcher Erfolg war freilich nicht zu erwarten; die Verhandlungen werden fortgesetzt und sind keineswegs ausbleibend. Einige Anzeichen — wir theilen diese Beobachtung übrigens nur mit allem Vorbehalt mit — scheinen darauf hinzuweisen, daß es möglich sein wird, in Aufhebung an den von dem deutschen Zuckerrindrie unterbreiteten Entwurf schließlich zu einer Verständigung zu gelangen, mit der die Nothwendigkeit der Abfassung eines vollständig neuen Entwurfs entfallen dürfte. Wäre das der Fall, so würde der Entwurf, welcher bisher als der Vertreter der Raffinerien der deutschen Zuckerrindrie zu den obigen Fragen mit größerer Entschiedenheit Stellung nehmen können. Ob die internationalen Verhandlungen wegen einer allgemeinen Aufhebung der Prämien für ausfallslos sind, wie die meisten Blätter annehmen, erscheint noch keineswegs ausgemacht. Das in Frankreich so überaus einflussreiche Syndikat der Zuckerfabrikanten steht auf der Höhe der Bewegung, um die verfesteten Prämien zu retten. Sollte aber Frankreich sich lediglich zur Aufhebung der offenen Ausfuhrprämien bereit erklären, so würde die deutsche Regierung sicherlich nicht in der Lage sein, in diesem Zugeständnis eine Grundlage zu weiteren Verhandlungen zu erkennen. Die deutscherseits erfolgte Erhöhung der Prämien sollte ja lediglich den großen Vorbehalt, den die französischen Fabrikanten durch die verfesteten Prämien haben, theilweise wettmachen. Diese Maßnahme ist nun aber, wie gesagt, damit beantwortet worden, daß Frankreich auf die verfesteten Vergütungen noch neue offene Prämien aufheben, Frankreich aber nur die offenen Ausfuhrvergütungen zurücknehmen, so würde die Lage der deutschen Zuckerrindrie im Wettbewerb mit der französischen noch ungünstiger sein, als in der Zeit vor der deutschen Prämien-erhöhung. Da in Frankreich großer Werth auf das Festhalten an der Materialsteuer gelegt wird, könnte man vielleicht deutscherseits sich damit einverstanden erklären, daß Frankreich sein gegenwärtiges Steuerthema beibehält; auf jeden Fall müßte aber durch veränderte Normierung der Ausbeute eine angemessene Dehnung der verfesteten Prämien erfolgen. Da die Schwierigkeiten, mit denen die deutsche Regierung in der Prämienfrage zu kämpfen hat, in Frankreich nicht ausreichend bekannt zu sein scheinen, wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß ein großer Theil der deutschen Zuckerfabrikanten überhaupt nicht auf den Weg der Ausfuhrvergütungen verzichten will, auch nicht in dem Falle, daß die Aufhebung der Prämien im Auslande erfolgen sollte.

Der Bau der beiden der Werft von Schichau in Danzig im September v. J. in Auftrag gegebenen Ersatzkanonenboote für „Itis“ und „Häne“ soll bereit beilegen werden, daß eines bereits noch im Laufe dieses Jahres, das zweite einige Monate später an die Marineverwaltung abgeliefert werden kann. Auch diese kleinen Fahrzeuge von nur 895 Tonnen Displacement werden Wasserrohrschiffe erhalten. Man hat sich für das System „Hornbrosch“ entschieden, da die Kesselanlage völlig unterhalb der Wasserlinie der Schiffe zu liegen kommen soll, um sie im Ernstfall gegen feindliche Treffer zu sichern. Da die Kanonenboote ohne ein Schuttschiff gebaut werden, hat man die Kohlenbunker über die Maschinen und Kessel der Fahrzeuge vertheilt, so daß sie den natürlichen Schutz von oben her bilden. Das zuerst fertig-

gebaute Schiff soll sofort nach Albatrossa seiner Probefahrt zur ersten Dienstverwendung in der Flotte gelangen, indem es nach Ostasien in See gehen wird, um mit dem Stationskreuzer „Gormoran“ den regelmäßigen Dienst in den chinesisch-japanischen Gewässern auszuüben. Gerade die Anwesenheit eines nur fliegenden Kanonenboots von nur 3,2 Meter wird nach dem Untergang des „Itis“ auf der ostasiatischen Station vermehrt, da alle anderen auf dieser Station befindlichen Schiffe für Küsten- und Stromfahrten in einigen Gebieten in Folge ihres großen Tiefganges ungeeignet erscheinen und zum Theil für solche überhaupt nicht verwendet werden können.

Ueber die Stellung des Zentrums zu den kommenden Landtagswahlen bemerkt die „Köln. Volksztg.“:

„Wir haben — um die ungeschminkte Wahrheit zu sagen — den konservativen Wahlzug von 1893 mit einem feuchten und einem heitern Auge“ angesehen. Man konnte denken, eine so starke „christlich-konservative Mehrheit“ werde uns auf dem Gebiete der idealen und religiösen Fragen viel Gutes bringen, und vielleicht ein christliches Schulgesetz schaffen. Andererseits fürchteten wir, die starke konservative Partei werde sich „reaktionären“ Plänen zu gefügig zeigen. Wir bedauern, sagen zu müssen, daß unsere Hoffnungen sich nicht erfüllt haben, desto mehr aber unsere Befürchtungen. Was die konservativen zum Schutze der christlichen Interessen gethan haben, läßt sich auf einen Fingernagel schreiben, aber ihren reaktionären Gelüsten haben sie sich nicht enthalten, die Zügel schloßen lassen. Sie haben insbesondere die Verschlechterung des Wahlrechts durchgesetzt, und auf ein Haar wäre es ihnen auch gegliedert, ein reaktionäres Vereinsgesetz und den unheilvollsten bekannten Vorkursparagrafen durchzubringen. Die starke konservative Landtagspartei ist gewogen und zu leicht befunden.“

Ueber eine Telegraphenfrage in Deutsch-

Südwestafrika schreibt der „Damp. Kor.“: Das Reichspostamt hatte den Beschluß gefaßt, in Deutsch-Südwestafrika Telegraphenlinien herzustellen und diese an die europäischen Linien anzuschließen. Zur rechten Zeit war deshalb vom Auswärtigen Amt die Mittheilung von diesem Plane nach London gemacht worden mit dem Ersuchen, demnach in Unterhandlungen wegen Anschlusses eines bezüglichen Vertrages einzutreten. Auf dieses Ersuchen erhielt man von England keine Antwort; darauf erging im Anfang Dezember d. J. eine Anfrage nach London, da die Sache noch in der jetzigen Reichstagsession erledigt werden soll und möglichst beschleunigt werden muß. Auch darauf ist keine Erwiderung erfolgt, daher bleibt nur die Annahme übrig, daß man in England wenig oder gar keine Neigung hat, auf den deutschen Vorschlag einzugehen. Wenn sich das bestätigen sollte, so wäre wohl der frühere Gedanke in Erwägung zu ziehen, Südwestafrika mit der portugiesischen Provinz in Verbindung zu bringen. Schwierig würde es nur sein, die Telegraphen durch Damboland hindurchzuführen und zu erhalten. Damboland ist ganz außerhalb unserer Herrschaft geblieben, die Dampfschiffe können auf ihre Selbstständigkeit und weisen jede Vermischung in ihre Lebensverhältnisse zurück. Die Verwaltung des Schutzgebietes hatte bisher nur so wenig Veranlassung, einzubringen, als dort ein vollkommen tropisches Klima herrscht, in Folge dessen die Europäer viel unter der Malaria zu leiden haben. Wie nun aus Privatbriefen von Südwestafrika hervorgeht, ist die Minderheit jetzt in Damboland aufgetreten und richtet gewaltige Verheerungen an. Diese Sache wird den Dambos ihre Vereinigung klar machen, namentlich, wenn sie sehen, daß die Herero mit Hilfe der Deutschen etwa 50 vom Hundert ihrer Kinder gerettet haben, während die Dambos vielleicht ihren ganzen Besitz an Großvieh einbüßen. Möglicherweise kann dieser Verlust ihres besten Besitzes auf die Haltung der Dambos gegen die Deutschen von Einfluß sein.

Hamburg, 6. Januar. Die Herren Wittung und Wacker haben die Direction des Hamburger Stadttheaters und des Altonaer Stadttheaters für den Zeitraum von 5 Jahren angenommen.

München, 6. Januar. Am das Kunsthandwerk zu fördern und um insbesondere seine wirbige Vertretung bei der Pariser Weltausstellung im Jahre 1900 zu unterstützen, hat sich hier ein ständiger Ausschuss für Kunst im Handwerk gebildet, welcher einerseits eine Ausstellung für alle Gebiete des Kunsthandwerks errichtet hat, andererseits die Gründung einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter dem Namen „Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk“ mit dem Sitz in München beabsichtigt. Diese letztere Gesellschaft will den Künstlern und Handwerkern die Ausfuhr ihrer Entwürfe sichern und deren Vertrieb befördern. Das Kapital soll zunächst 100 000 Mark betragen und bei entsprechender Theilnahme bald erhöht werden. Die einzelnen Gesellschafter haben 500 Mark zu zeichnen.

Belgien.

Brüssel, 5. Januar. Wegen der in Kürze stattfindenden Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften in Belgien hat die Fortschrittspartei einen neuen Kongreß nach Brüssel einberufen. Der leitende Ausschuss des fortschrittlichen Verbandes, an dessen Spitze der Senator Paul Janson steht, hat nachfolgendes Wahlprogramm entworfen:

Ein Bündnis der drei antikerikalen Parteien, der Liberalen, Fortschrittler und Sozialisten zur Unterstützung des kirchlichen Regiments; Aufstellung gemeinsamer Kandidatenlisten, auf deren jede der drei Parteien die ihrer Stärke entsprechende Anzahl Kandidaten erhält. Jede Partei behält ihr Parteiprogramm unberührt und nimmt als gemeinsame Plattform an: Kampf gegen die kirchliche Regierung, verhältnismäßige Vertretung und Befähigung der Mehrstimmigen. Kommt dieses Bündnis nicht zu Stande, so fordert die Fortschrittspartei noch die Umgestaltung der Steuern, die Einführung der Einkommensteuer, die Arbeiterversicherung gegen Arbeitsunfälle, Arbeitsunfähigkeit und Greisenalter; Umgestaltung der nationalen Vertretung durch Befähigung der Stellvertretung und Auslösung mit Herabsetzung der Dienstzeit auf die unbedingt notwendige Zeit; Einsetzung einer Kommission zur Umgestaltung der nationalen Vertretung, in der die Armeen und das Parlament vertreten sind und in der alle Parteien gleichberechtigt vertreten werden sollen. Nach-

prüfung aller Systeme soll die Kommission das für Belgien Geeignete feststellen.

Daß die Fortschrittler und Sozialisten sich bei den Wahlen verbinden, ist ganz zweifellos; für den Bezirk Lüttich ist sogar dieser Beschluß bereits gefaßt, so daß die Wiederwahl der fortschrittlichen und sozialistischen Senatoren und Abgeordneten zweifellos ist. Ob aber die noch an ihren alten engherzigen Vorurtheilen und Anschauungen festhaltenden Gemäßigten dem Wahlbündnisse beitreten werden, erscheint fraglich und ist jedenfalls abzuwarten. Auch die Stellung der christlichen Demokraten und ihr etwaiger Anstoß an das antikerikale Wahlbündnis bleibt noch klarzustellen. Jedenfalls werden die belgischen Wahlen überraschende Gruppierungen der Parteien und auch in den Ergebnissen zahlreiche Ueberraschungen bringen.

Frankreich.

Die französische Presse beschäftigt sich wieder lebhaft mit dem Falle Esterhazy, nachdem die Einberufung des Kriegsgerichtes zur Thatsache geworden ist. Clemenceau verlangt mit großer Entschiedenheit, daß dann auch die Briefe des Generals Gonse vorgelegt werden, die bisher dem Kommandanten Narbary nicht unterbreitet worden sind. Aus diesen Briefen soll erhellen, daß der Chef des Informationsdienstes im Kriegsministerium eine Untersuchung über Esterhazy eröffnet und mit Wissen und Willen seiner Vorgesetzten mehrere Monate hindurch fortgesetzt habe. Diese Briefe sollen ferner beweisen, daß General Gonse gleichfalls den Major Esterhazy für den Urheber des Vorkommnisses gehalten habe, ohne daß bekannt geworden wäre, weshalb er ferner zu einer anderen Auffassung gelangt ist. Eine weitere Reihe von Briefen des Generals Gonse, in denen des Kriegsministers, Generals Billot, oftmals Erwähnung geschieht, beweist nach den Ausführungen Clemenceaus, welcher Prozeduren sich die bedeutenden Persönlichkeiten bedienten, um zu verhindern, daß Klarheit geschaffen werde. Der „Siecle“, das Blatt des früheren Abgeordneten und Vizepräsidenten Yves Guyot, welches zu den entscheidenden Gegnern Esterhazy gehört und von Anfang an die Revision des Prozesses Dreyfus verlangte, erzählt von einem „sonderbaren Schritt“, welchen der Generalkontrolleur der Armee, Martinie, Kommandeur der Ehrenlegion, am 28. September 1897 bei dem Schwiegervater des Hauptmanns Dreyfus that, dessen Vetter damals Mathieu Dreyfus war. Martinie erklärte, er komme im Auftrage seines Freundes, des Kriegsministers Generals Billot, um sich zu erkundigen, auf welche Elemente sich die Senatoren stützten, die sich für den deportierten Hauptmann interessierten. Er versicherte, falls man daraus auf die Unschuld des Verurtheilten schließen könnte, so wäre General Billot bereit, zu Gunsten von Alfred Dreyfus Stellung zu nehmen. Als Hadamard, der Schwiegervater des Hauptmanns, nicht mit der Antwort herausrücken wollte, erwiderte Mathieu Dreyfus, er wisse nicht genau, welcher Art das von Senator Scheurer-Kestner gesammelte Material sei, aber er habe selbst Nachforschungen angestellt und wolle die Resultate derselben dem Generalkontrolleur mittheilen. In der That begab er sich tags darauf zu Martinie und hatte mit diesem eine längere Unterredung. Der Generalkontrolleur Martinie bekräftigt die Richtigkeit dieser Angaben. Mathieu Dreyfus hält hingegen daran fest und theilt dem „Temps“, welcher das Dementi des Freundes des Kriegsministers verzeichnet, noch mehrere Einzelheiten über die zwei Begegnungen mit, aus denen man schließen muß, daß der Kriegsminister General Billot früher über den Fall Dreyfus anders dachte, als heute.

Paris, 6. Januar. Der „Figaro“ will in der bisher unbegründeten, aber hartnäckig verbreiteten Meinung der englischen Blätter, daß Frankreich von der Insel Oanin Besitz ergriffen habe, einen Fingerzeig für das hiesige Auswärtige Amt erblicken; Oanin an sich sei nicht viel werth (2), und so lange China es befinde, brauche Frankreich es nicht zu nehmen. In den Händen einer europäischen Großmacht aber würde es zu einer Gefahr für Frankreichs asiatischen Besitz werden. Wenn also die Möglichkeit einer fremden Besitzergreifung bestehe, müsse Frankreich ihr zuvorkommen.

Serbien.

Belgrad, 6. Januar. Das Amtshaus veröffentlicht einen königlichen Ukas, betreffend die Reorganisation der Leitung des aktiven Heeres; darnach ist König Milan zum Kommandanten des aktiven Heeres und General S. Marowitsch zum Generalstabschef ernannt worden.

Die Schiffsflotte ist zum 11. Februar einberufen, zugleich aber bis zum 6. Juli vertagt worden.

Türkei.

Konstantinopel, 6. Januar. (Meldung des „Wiener L. T. Telegr.-Korresp.-Bureaus“.) Der Kriegsminister hat neuerdings vorgeschlagen, die Medizintuppen der Operations-Armee in Theßalien aus sanitären und finanziellen Gründen vor dem Kamazan von der Fahne zu entlassen.

Konstantinopel, 6. Januar. (Meldung des „Wiener L. T. Telegr.-Korresp.-Bureaus“.) Trotz der letzten Erklärung Griechenlands bezüglich des Vorfalls der Othomanbank auf die Kriegsentwährung ist dieses Geschäft noch nicht abgeschlossen, da Griechenland bei diesem Anlaß den Wunsch ausgesprochen hat, die Räumung Theßaliens möge gleichzeitig beginnen; man befürchtet, die Pforte werde hierin eine Beeinträchtigung ihrer durch die Friedensbedingungen gewährleisteten Rechte erblicken, außerdem erhebt die Othomanbank Schwierigkeiten, welche auf Einflüsse von außen her zurückgeführt werden.

Stadtverordneten-Versammlung vom 6. Januar.

Herr Andrae eröffnet als Alterspräsident die Sitzung, heißt die Mitglieder der Versammlung im neuen Jahre an alter Stätte herzlich willkommen und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß auch fürherhin die Berathungen zum Wohle der Stadt ausfallen mögen. Ein Jahr des Wohlwollens sei vollendet und man

dürfe in Bezug auf die Entwicklung der Stadt das Dichterwort anwenden: „Die Räume wachsen, es dehnt sich das Haus“. Aber nicht nur wachsen sei die Stadt, sie habe sich auch vergrößert unter dem Schutze des Friedens, den wir der Fürsorge eines thatkräftigen Herrschers verdanken. Weder schloß mit einem Hoch auf Se. Majestät den Kaiser, in das die Verammlung dreimal freundlich einstimmte. Darauf wurde zur Neuwahl des Bureau's geschritten. Der Namensaufruf ergab die Anwesenheit sämtlicher 63 Stadtverordneten. Zum Vorsteher wurde einstimmig Herr Sanitätsrath Dr. Schörlau wiedergewählt, ebenso Herr Oberlehrer Professor Dr. Rühl zum Stellvertreter des Vorstehers. Zum ersten Schriftführer wurde mit 62 von 63 Stimmen Herr Kurz und zum zweiten Schriftführer mit 50 von 62 Stimmen Herr Dr. Graßmann gewählt, das Bureau ist somit in derselben Weise zusammengekehrt wie bisher.

Abgeleitet wird von der Tagesordnung die Vorlage Nr. 35 betreffend den Entwurf eines Ortsstatuts über Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht auf die Hausindustrie.

Der Ueberweisung des Fluchtlingsplanes desjenigen Gebäudes zwischen Stettin und Pommerensdorf, für welches ein gemeinschaftlicher Bebauungsplan aufgestellt werden soll, an die für das Jabelsdorfer Gebiet beantragte gemischte Kommission zur Vorberathung wird zugestimmt. Als Stadtverordneten-Mitglieder dieser Kommission werden die Herren Fleß, Deder, Gollnow, Klein, Labewitz, Schilbach, Dr. Kölsch, Dr. Graßmann, Hemptenmacher und Plan gewählt.

Eine Magistrats-Vorlage betrifft aufs neue Baustatuten auf dem Vieh- und Schlachthof, für den Ausbau des Viehhofes an Pfahlschuppen, Gleisanlagen, Viehladerampen, Umwägungen, Beleuchtung, Banführungsstellen etc. sind 293 463,25 Mark, für den Ausbau der Verbindung des Viehhofes mit dem Schlachthof 36 536,75 Mark angelegt und beantragt der Magistrat die Gesamtsumme von 330 000 Mark auf Titel 1 des Extra-Ordinariums zu bewilligen. Namens der Finanzkommission referirt Herr Fleß, derselbe beantragt, die für Gartenanlagen geforderte Summe mit zusammen 7359,25 Mark abzusehen, da derartige Anlagen jetzt veräußert würden. Im Uebrigen bittet Referent um Genehmigung der Vorlage. Die Versammlung stimmt diesem Antrag zu, es werden demnach für die Neuanlagen auf dem Schlachthof und Viehhof 322 640,75 Mark bewilligt.

Dem Ankauf von 56 Quadratmeter Straßenfläche von dem Grundstück Grenzstr. 30 stimmt die Versammlung zu und bewilligt die geforderte Kaufsumme mit 1120 Mark nebst Vertragskosten.

Zur Verbreiterung der Splittstraße ist von dem Grundstück Rängebrückstr. 4 eine Fläche von 78 Quadratmeter Größe erforderlich, deren Entgegnung der Magistrat empfiehlt. Da die Stadt event. zur Entgegnung des ganzen Grundstücks gezwungen werden könnte, hat der Magistrat den freihändigen Ankauf versucht, aber angeht das geforderte Preis von 250 000 Mark die Verhandlungen abgebrochen, er hält auch nach dieser Forderung den freihändigen Ankauf eines Terrains für völlig ausfallslos. Herr Deder als Referent befürwortet die Entgegnung, da die geforderte Forderung einen Preis von 661,50 Mark bedeute. Die Versammlung erklärt sich mit der Einleitung des Entgegnungsverfahrens einverstanden.

Herr Dr. Graßmann referirt über eine Magistratsvorlage betreffend die Erhöhung der Jahresentlohnung für die ärztlichen Direktoren des städtischen Krankenhauses. Der Magistrat hat beschlossen, die vertragsmäßige Jahresvergütung für die Geschäfte der ärztlichen Direktoren für beide der Herren von je 5000 Mark auf je 8000 Mark jährlich vom 1. April 1898 ab zu erhöhen und zu theilweisen Deduktion dieser Mehrausgabe die von den Kranken 1. und 2. Klasse zu zahlenden täglichen Kosten um je eine Mark für jeden Verpflegungstag zu erhöhen. — Die von den Kranken zu zahlenden täglichen Kosten würden sich dann für die 1. Klasse auf 6 Mark für Einheimische und 7 Mark für Auswärtige und für die 2. Klasse auf 4 Mark für Einheimische und 5 Mark für Auswärtige belaufen. Referent geht ausführlich auf die Entstehung der Vorlage ein. Die Hospitalärzte hätten es bereits seit geraumer Zeit als eine Schädigung empfunden, daß für die sogenannten Kranken der Krankenhäuser meist keine Honorarverpflichtung besteht. Ein Hospitalarzt, der einen Kranken theils im Krankenhaus, theils außerhalb desselben zu behandeln habe, dürfe jetzt hier nur für denjenigen Theil der Behandlung, welcher sich außerhalb der Anstalt vollzieht, ein Honorar verlangen. Die Hospitalärzte wünschen deshalb, daß die Kranken erster und zweiter Klasse zur Zahlung eines Honorars verpflichtet werden und zwar solle bei den Kranken erster Klasse die Honorarforderung der freien Vereinbarung überlassen bleiben, bei den Kranken zweiter Klasse dagegen solle das Honorar ein für allemal festgelegt werden und zwar mindestens im Betrage von einer Mark. Daß das Einkommen unserer Hospitalärzte mit 5000 Mark sehr mäßig bemessen und daher einer Verbesserung werth sei. Dies könne geschehen nach dem Muster der Vorlage durch eine Gehalts-erhöhung oder nach dem Wunsch der Ärzte durch Einführung der Honorarverpflichtung für Kranke erster und zweiter Klasse. Die Armenkommission, welche sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen hatte, beantragte eine Aufbesserung der Gehälter durch Einführung der Honorarverpflichtung. Bezüglich des Honorars blieb bei Kranken erster Klasse freie Vereinbarung vorbehalten, während die Kranken zweiter Klasse eine Mark zahlen sollten, wobei vorgesehen wird, daß das Honorar bei Bedürftigkeit ganz oder theilweise erlassen werden kann. Bei Kranken zweiter Klasse dürfen außerdem für Operationen u. s. w. besondere Honorarforderungen nicht gestellt werden. Die Finanzkommission hat, wie Referent anführt, sich mehr der Auffassung der Armenkommission als derjenigen des Magistrats zugeneigt. Ausschlaggebend dafür waren wesentlich praktische Erwägungen, man habe gemeint, daß die 23 Kranken, welche im letzten Jahre in der ersten Klasse verpflegt wurden, finanziell so gestellt sind, daß sie auch den Arzt bezahlen

können, diese Kranken würden dadurch schwerlich überlastet werden. Etwas bedenklicher sei die Sache bei den Kranken zweiter Klasse, deren im letzten Jahre 207 an 4555 Verpflegungstagen gegliedert wurden, doch würden diese Kranken bei einem festen Satz von 4 Mark pro Tag noch billiger verpflegt sein als im eigenen Hause, ganz abgesehen von den Bequemlichkeiten, welche ihnen der Aufenthalt im Krankenhaus bietet. Außerdem bleibe die Möglichkeit des Dispenses für Bedürftige gewahrt. — Referent beantragt namens der Finanzkommission die Magistratsvorlage abzulehnen und dafür die Anträge der Finanzkommission zu genehmigen mit einem Zusatz, daß die Honorarforderungen bei freier Vereinbarung an die Bestimmungen der Beihilgenverordnung vom Jahre 1896 gebunden sein sollen.

Herr Maltewiz betont, daß das städtische Krankenhaus eine gemeinnützige Anstalt sei, dementsprechend würden sich die an die Patienten zu stellenden Forderungen in bescheidenen Grenzen zu halten haben. Wollte man eine Verfestigung der Hospitalärzte erreichen, so würde es vielleicht am zweckmäßigsten sein, denselben die Errichtung einer Privatklinik zu gestatten. Ein derartiger Antrag werde jedenfalls nicht gestellt werden und würde er für denselben stimmen. Was den Antrag der Finanzkommission angeht, so sei ihm derselbe immer noch sympathischer als derjenige des Magistrats, nur wolle es ihm scheinen, als werde die Privatklinik nun in das städtische Krankenhaus verlegt, wobei den Beteiligten oben ein die um dieses billigerer Verpflegung zu Gute komme. Eine Belastung der Kranken zweiter Klasse vermag Referent nicht zu billigen, eine solche sei nicht nur unpopulär, sondern geradezu falsch, wenigstens soweit dabei heimische Kranke in Betracht kommen, er beantrage daher eine Erhöhung der Kosten nur für die auswärtigen Patienten der zweiten Verpflegungskategorie eintreten zu lassen.

Herr Bürgermeister Giesebrecht bemerkt, daß von den Krankenhausärzten ein Antrag auf Ertheilung der Erlaubnis zur Einrichtung einer Privatklinik nicht gestellt worden sei. Herr Andrae stellt den Antrag, den Hospitalärzten die Errichtung einer Privatklinik zu gestatten, die Herren Dr. Freund und Dr. Neumeister bekämpfen jedoch diesen Antrag als das entsprechende. Herr Dr. Freund meint, man werde, wenn auch vielleicht mit einer Modifikation im Sinne des Antrages Maltewiz, immer auf die Vorschläge der Finanzkommission zurückgreifen müssen und Herr Dr. Neumeister führt aus, daß eine von den Krankenhausärzten geleitete Privatklinik für die Vertheilung selbst eine Last, für die städtische Anstalt ein Verberber sein werde.

Herr Kammerer Michalowski begründet die von der Majorität des Magistrats in der Vorlage zum Ausdruck gebrachte Auffassung und hebt hervor, daß dieselbe sich nur auf sachliche Gründe stütze. Im weiteren Verlauf der Diskussion werden wiederholt Schlußsätze eingebracht, dieselben finden jedoch keine Mehrheit. Herr Meyer hält die Errichtung einer Privatklinik mit Rücksicht auf die Lage unseres Krankenhauses nicht für möglich, er möchte für den Antrag der Finanzkommission stimmen und wünscht nur, daß für das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen ein Termin, etwa der 1. April 1898, festgelegt werde. Es äußern sich weiter noch die Herren Dr. Rühl, Dr. Neumeister, Maltewiz, Banklaff und der Referent, sowie vom Magistratsrat Herr Bürgermeister Giesebrecht zu der Vorlage. Herr Manasse beantragt, für den Fall der Annahme des Antrages Maltewiz das Gehalt der beiden dirigierenden Krankenhausärzte um je 2000 Mark zu erhöhen. Sodann wird ein Schlußantrag angenommen und zur Abstimmung geschritten, dieselbe ergibt Annahme des von der Finanzkommission gestellten Antrages mit dem Amendement Maltewiz, die Magistratsvorlage und alle sonstigen Anträge werden abgelehnt. Die Vertheilung der Kosten nach der Vereinbarung zu fordern, dagegen haben sie nur bei den auswärtigen Kranken ein Anrecht auf Honorar, das für den Verpflegungstag eine Mark beträgt. Als Termin für das Inkrafttreten dieser Bestimmungen wird der 1. April 1898 in Aussicht genommen.

Mit der Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Magistratsmitglieder und für die Wittwen und Waisen der städtischen Beamten beschäftigen sich zwei Entwürfe von Gemeindefunktionären, über welche namens der Finanzkommission Herr Manasse referirt. Derselbe verliest die in Frage kommenden Beschlüsse, worin bestimmt wird, daß die Fürsorge nur den Unterbetheilten derjenigen städtischen Beamten zu gute komme, welche nach dem 1. April 1897 verstorben sind oder versterben. — Die Vorlagen werden ohne Debatte genehmigt.

In einem Verwaltungsstreitverfahren wegen Vertheilung der Liste der stimmungsfähigen Bürger hat der Bezirksausschuss auf Gunsten der Kläger, Hausdiener Mohloff und Wächter Borchardt, dahin entschieden, daß deren Namen in die Liste aufgenommen sind. Die Urtheilsbegründung führt aus, daß mit den Klägern der Fortbestand der Gültigkeit des in Stettin erlassenen Gemeindefbeschlusses vom 28. Oktober bzw. 17. November 1874 nach Erlass des Einkommenssteuergesetzes vereinbar werden müsse. Nach § 5 d der Städteordnung für die städtischen Provinzen vom 30. März 1853 war die Erwerbung des Bürgerrechts abhängig von der Veranlagung zur Steuerleistung im Betrage von mindestens 4 Thaler. Jedoch konnten in den maß- und schätzpflichtigen Städten, zu denen auch Stettin gehörte, die Städtebeschlüsse an die Stelle dieses Klassensteuersatzes ein Einkommen treten zu lassen, welches in Städten von mehr als 50 000 Einwohnern 900 Mark beträgt. Eine gesetzliche Abänderung trat durch § 9 b des Gesetzes vom 25. März 1875 insoweit ein, als an Stelle von 4 Thaler der Einkommen von 2 Thaler Klassensteuer trat und in den bisher maß- und schätzpflichtigen Städten der im § 5 d der Städteordnung bezeichnete Einkommensbetrag unabhängig von dem Fortbestande der Maß- und Schätzpflicht durch Kommunalbeschlüsse als Bedingung des Bürgerrechts beibehalten werden konnte. Dem entsprechend ist auch in Stettin Verfahren um der mehrerwähnten Gemeindefbeschlüsse erloschen worden. Eine vollständige Wenderung dieser

Inpulten bereiten sich vor, diesem Beispiele zu folgen. — Wie dem „D. L.“ aus Amsterdam gemeldet wird, hat die dortige deutsche Gesandtschaft aus Anlaß der bevorstehenden Krönungsfeier der Königin Wilhelmine ein großes Ballast gemietet. Man glaubt daraus schließen zu können, daß Kaiser Wilhelm der Feier beizuwohnen gedenke.

— Der „D. L.“ meldet aus Kopenhagen, daß das Jaccarap dort amßlich des 30. Geurtstages des Königs Christian im April angekommen und mit dem deutschen Kaiser, der ebenfalls zu dieser Feier in Kopenhagen eintreffen soll, daselbst zusammenkommen wird.

— Das Befinden des Fürsten Bismarck ist neuerdings befriedigend. Die Schmerzen in den Füßen haben nachgelassen und auch das Gesamtbefinden hat sich gehoben.

— Bei der heutigen Staatsministerialsitzung handelte es sich, wie verlautet, um die Durchberatung von dem Landtage zu unterbreitenden Vorlagen.

Gerichts-Zeitung.

Dem Statut zu S. Thiele, welcher der
saftigen Regierung das Ultimatum überreichte,
ist der Kronenorden zweiter Klasse verliehen
worden.

— Wie die „N. N. Ztg.“ mittheilt, ist nach
weiteren Nachrichten aus Deutsch-Südwestafrika
über das am 5. d. M. zwischen einer Abtheilung
der Schutztruppe unter Hauptmann v. Storff und
den Schwarzbord-Hottentotten stattgehabte Gefecht bei
den Humpfen von der Schutztruppe ein Reiter
getödtet, ein anderer leicht verwundet worden.
Hauptmann v. Storff wurde ebenfalls zweimal
leicht verwundet, blieb aber dienstfähig.

— Die P. A. Ktg. führt aus, daß die Entzweiung der Dinge in Ostaſien fortſchreitend einen ruhigeren Charakter annimmt, wozu aber die deutſch-chineſiſche Abmachung nur unweſentlich habe beitragen können. Die in Oſtaſien entſtandene Spannung der Lage ſei durch dieſe Angelegenheit auch gar nicht hervorgerufen worden. Ein erſtaunlicher Grund zu Beſorgniſſen hätte nur die dem ſtärken Hervortreten des poliſtiſchen Intereſſengegensatzes zwiſchen England und Rußland gefunden werden können. Hinter dieſem poliſtiſchen Gegenſatz zeige ſich aber jetzt ein durchſchnittlicher, über den ſich ohne allzu große Mühe eine Verſtändigung werde ermöglichen laſſen. Es ſtehe kein Grund vor, warum beſagte ſich der für China notwendigig gewordenen Ausſicht ein Staat mit Ausſchluß anderer ſich der Regelung dieſer Angelegenheit annehmen ſollte. Eine beſonnene Erwägung der Umſtände rathe, daß über eine in dieſer Richtung zu beſolgende gemeinſame Aktion zu verſtändigen.

Paris, 3. Januar Senator Schenker
bestener veröffentlicht folgenden Brief an einen
Freund: „Aus dem Elaf zurückkehrend, wo ich
wieder so viel tröstliche Freundschaften ange-
troffen habe, erfahre ich zu meiner Ueberraschung,
daß gewisse Leute, in meiner kurzen Abwesenheit

Ich glaube nicht, daß ich in meinen letzten Vorstellungen in Enttarnungs- und Unsicherheitsbegriffen stehen. Wie sollte ich enttarnigt sein, da ich doch weiß, daß der Sieg der Wahrheit nicht vom Willkür der Menschen abhängt und daß es gegen Gerechtigkeit und Recht keine Verjährung, kein Verfall gibt. Wie sollte ich schwach und weichen?

Stettiner Nachrichten.

eben bleibt, in den Dienst der unterdrückten Un-
schuld gestellt, die Hingabe meiner selbst ist un-
bedenklich. Ich werde meiner Verpflichtung
nachkommen, auch wenn ich allein bleiben müßte,
der ich bin nicht allein, ich sehe um mich zahl-
reiche Freunde, die ich schätze und die mir bei-
stehen. Stark durch unser Gewissen, erwarten
wir die gerechte, die unabwendbare Sühne.“ —
Im Vorfeld des Militärgerichts wird General-
major führen, Beisitzer sind je zwei Oberst-
oberstenleutnants und Majors. Die Mitglieder des
Untersuchungsausschusses wissen schon heute, daß die
Verhandlung nur einen Tag in Anspruch nehmen

Vermischte Nachrichten.

London, 3. Januar. Die „Times“ meldet aus Peking, Deutschland pachte Kiaotichau auf fünfzig Jahre. Es gehe das Gerücht, daß die französische Botschaft von Peking bevorzöge die „Times“, „Daily Telegraph“ und „Standard“ zu sprechen das deutsch-chinesische Abkommen über Kiaotichau abfällt. Der „Standard“ hofft, Lord Salisbury werde ohne Zeitverlust in Peking und Berlin erklären, England habe beträchtliches Interesse an dem Abkommen und werde in Kiaotichau handeln, wie es in Port Arthur gehandelt hat.

Wetterausichten
für Freitag, den 7. Januar.
Ziemlich warm, vorwiegend trübe und regnerisch bei mäßigen südwestlichen Winden.
Wasserstand.

Börsen-Berichte.

Am 5. Januar. Elbe bei Auffig + 0,11
Meter. — Elbe bei Dresden — 1,36 Meter. —
Elbe bei Magdeburg + 1,14 Meter. —
Influsst bei Straußfurt + 1,20 Meter. —
Oder bei Mailöh + 1,20 Meter. — Oder bei
Dresdau Oberpegel + 4,74 Meter. Untere
Pegel — 0,68 Meter. — Oder bei Frankfurt
+ 0,88 Meter. — Weichsel bei Brahmehnde
+ 2,04 Meter. — Warthe bei Posen + 0,30
Meter. — Am 3. Januar; Neys bei Nisch
+ 0,56 Meter.

Telegraphische Depeschen.

[illegible]

(51) (Nachdruck verboten.)

„Das wohl gerade nicht, der alte Hypsikus, nebenbei gesagt, der tüchtigste Mediziner und Chirurg in meissenweiter Munde, welcher ihn behandelt, giebt ihn durchaus nicht auf.“
 „Ah, der Hypsikus Petri bezeichnet ihn, dann ist er in guten Händen.“ rief Billing lächelnd.
 „Sie erinnern sich also feiner? — Ja, es ist sonderbar, daß gerade er, welcher die Familial-Billing ant gekannt, jenen Verbrecher für den echten Detlev Billing, das heißt für den Sohn des Herrn Hiel, Hres seligen Vaters, erklärt, und seinen Verthum durchaus nicht einsieht, trotz aller Gegenbeweise nicht einsieht will.“
 „Ein rathgeberartiger Dinsch schob aus den Augen

„Wie, dir der Verwundete ist also ein, wenn auch illegitimer Billing?“ fiel der Bürgermeister erregt ein, „dann erklärt sich freilich der Irrthum unseres alten Physisus.“

„Allerdings, ich hätte niemals dieses Unfand- des erwähnt, wenn mich nicht jener Irrthum des alten Herrn dazu gezwungen hätte. Dieser Billing, welcher allerdings den Namen seines Vaters führt, doch nie von ihm geistlich anerkannt ist, gerieth auf meinen Weg und — das Uebrige können Sie sich leicht zusammennehmen, Herr Bürgermeister!“

„Ja, ja, es ist mir Alles verständlich, Herr Billing,“ versetzte Jener nachdenklich, „nur der eine schauerliche Punkt nicht, weshalb der un- geliche Mensch den Mord begangen hat. War dieses unglückliche Opfer nicht Ihr Vetter?“

„Allerdings, und der legitime Sohn meines Duke's Deileu, welcher nach seinem Tode eine Wittwe und den Sohn Axel hinterließ. Sie

Er spielte immer vorzüglich Komödie, was ihm nicht immer fiel, da der Bürgermeister seine Familie nicht gekannt hatte. Mit einer wahren Virtuosität verstand er es, Wahrheit und Dichtung mit einander zu verweben und seinen unglücklichen Better, sein eigenes wehloses Opfer in den Staub einer geschehnen Griftens hinauszutreten. Das klang Alles so wahrheitsgetreu, so unausprechbar und überzeugend, die Motive des Verbrechens lagen so klar vor Augen, daß der Herr Bürgermeister sofort einen Eid auf die Gerechtigkeit dieses Delfen-Billing abgelegt haben

„Ich kann es Ihnen zeigen aber noch nicht zurückgeben, Herr Billing!“ sagte er gelassen, „auch muß ich Sie noch um genauere Angaben der Kennzeichen bitten, Alles nur der Form wegen, wie Sie sich denken können.“

„Natürlich,“ meinte Billing höflich, „die gesetzlichen Formen gelten überall für Jedermann. Meine Uhr, es ist eine goldene nebst gleichwerthiger Kette, befißt also, wie schon bemerkt, einige Anhängel, ein mit einigen Gießsteinen besetztes Medallion, die Porträts meiner Eltern

diezen Worte, welche selbst den Hefior über-
rascht zu haben schienen. Mit unverhohlener Be-
wunderung betrachtete er sich den gewandten
Verbrecher, welche mit einer Keckheit, Sittenlos-
heit und schauer Ueberlegung seine Rolle durchführte,
um welche ihn mancher bedeutende Schachspieler
hätte beneiden können. Erdmann gefand sich so
Stillen, daß er ohne seinen Konrad Müller von
diesem Komödianten mit den aristokratischen
Manieren unbedingt hinter's Bist geführt und
zum Mitschulbigen eines Zustandes gemacht
worden wäre.

Fortsetzung folgt.

